

Haben Frauen etwas zu sagen?

Die politische Vertretung in den Schweizer Städten

Obwohl über fünfzig Prozent der Wahlberechtigten weiblich sind, beträgt der durchschnittliche Frauenanteil in den Legislativen der Schweizer Städte im Jahr 2003 lediglich 30,4 Prozent. Damit liegt er aber höher als in den kantonalen Parlamenten und im Nationalrat, und der Zuwachs seit 1993 ist mit rund 23 Prozent recht beachtlich. Bezüglich der Frauenförderung gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Je linker eine Partei im politischen Spektrum positioniert ist, desto stärker ist ihre Frauenvertretung.

In den städtischen Exekutiven liegt der Frauenanteil mit rund 25 Prozent zwar tiefer als in den Legislativen, dafür ist der Zuwachs im Zeitraum von 1993 bis 2003 wesentlich grösser (+65,5%). Noch wichtiger scheint aber die Tatsache, dass nur noch in zwölf Städten der Schweiz keine Frau in der Regierung vertreten ist.

1. Die Entwicklung der Parteienlandschaft¹ seit 1990

1.1. Nationalrat

Die politische Landschaft der Schweiz war in den zehn letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts einem starken Wandel unterworfen. Während man zu Beginn der neunziger Jahre noch von einer eigentlichen Erosion der Bundesratsparteien sprechen konnte, die ihren Anfang bereits in den achtziger Jahren genommen hatte, setzte bei den Nationalratswahlen von 1991 eine gegenläufige Bewegung ein. Der Sitzanteil der vier Bundesratsparteien hat seither wieder auf deutlich über achtzig Prozent zugenommen. Auf der Gewinnerseite standen die Sozialdemokraten (SPS) und die Schweizerische Volkspartei (SVP). So konnte die SPS zwischen 1991 und 2003 einen Zuwachs um 26,8 Prozent, die SVP gar um 120,0 Prozent verzeichnen. Während die Grünen ihren Anteil nach zwei schlechten Ergebnissen in den neunziger Jahren bei den letzten Wahlen wieder etwas verbessern konnten, scheinen die FDP und vor allem die CVP bis dato noch kein Rezept gegen den Niedergang gefunden zu haben. Die Nationalratswahlen 2003 haben der CVP zumindest vorläufig den Platz des Juniorpartners unter den Bundesratsparteien zugewiesen.

1.2. Kantonale Parlamente

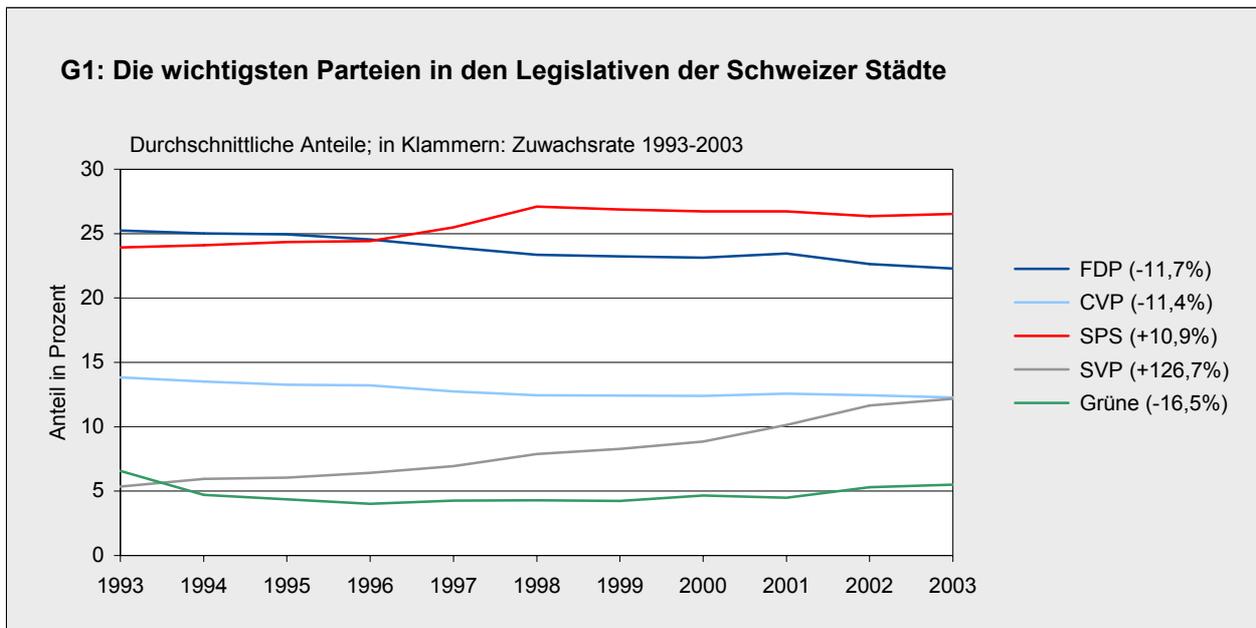
In den kantonalen Parlamenten gingen die Verschiebungen in dieselben Richtungen, fielen allerdings wesentlich moderater aus. So hält die CVP Ende 2003 im Durchschnitt 24,8 Prozent Anteil und bleibt damit vorderhand die stärkste Partei. Ende 1995 war ihre Lage mit 28,3 Prozent aller Kantonsratssitze allerdings noch wesentlich komfortabler gewesen. Die SVP ist mit 18,1 Prozent immer noch die schwächste der im Bundesrat vertretenen Parteien, allerdings konnte sie ihren Anteil auch auf kantonaler Ebene von der Wahlperiode 1992/1995 zu jener von 2000/2003 mehr als verdoppeln. Dabei sind allerdings die Unterschiede zwischen den Landesteilen zu beachten. Die Schweizerische Volkspartei ist in der Deutschschweiz mit durchschnittlich 22,0 Prozent bereits deutlich drittstärkste Kraft, vor der SP und nur noch knapp hinter FDP und CVP, während sie in den französischsprachigen Kantonen mit 6,6 Prozent Ende 2003 nur knapp vor den Grünen mit rund fünf Prozent liegt. Allerdings hat die SVP auch im

¹ Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden nur die Parteien, die im Bundesrat vertreten sind, sowie jene, die sich unter dem Begriff „Grüne Bewegung“ subsumieren lassen, berücksichtigt.

Welschland mit Abstand die höchste Zuwachsrate zwischen den Wahlzyklen von 1992/1995 und 2000/2003 (+ 67,9%), nur geht diese von einem vergleichsweise tiefen Niveau aus. Wie im Nationalrat haben auch in den kantonalen Parlamenten die vier Bundesratsparteien zusammen weit über achtzig Prozent der Sitze.

1.3. Die Parteien in den Schweizer Städten

Die Schweizer Städte² unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Parlamente insofern von den Kantonen und dem Bund, dass die SP stärkste Kraft ist. Sie hat diese Position 1997 von der FDP übernommen, die kontinuierlich Parlamentssitze verliert. Die CVP hat im Vergleich zum Nationalrat in den städtischen Legislativen nur moderat an Sitzen verloren und liegt nun etwa mit der SVP gleichauf, die wie auf den zwei anderen Ebenen massiv zuzulegen vermochte. Bezüglich der Landesteile sind nur bei der SVP und der SPS markante Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Schweiz auszumachen. Bei der SPS liegt der Durchschnitt in den welschen Städten rund fünf Prozentpunkte über demjenigen der deutschsprachigen Städte. Die SVP konnte hingegen in den welschen Städten noch nicht richtig Fuss fassen, ihr durchschnittlicher Anteil beträgt im Jahr 2003 lediglich 2,2 Prozent (Deutschschweiz: 21,2%). In den drei Tessiner Städten liegt der Anteil sogar bei nur 2,0 Prozent, allerdings dürfte dies vor allem auf die starke Position der Lega dei Ticinesi, die in vielen Fragen ähnliche Positionen vertritt, zurückzuführen sein.



2. Frauen in der Politik

2.1. Frauen sind immer noch deutlich untervertreten

Die Gleichstellung der Geschlechter ist als Ausdruck von Chancengleichheit und Gerechtigkeit ein zentrales Anliegen der nachhaltigen Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Ein politisches Amt auf kommunaler Ebene bildet in vielen Fällen die Basis für eine politische Karriere. Im Vergleich zu Ämtern auf kantonaler und eidgenössischer Ebene sind die Zugangschancen besser und oftmals auch die Anforderungen an Fachwissen, zumindest in kleineren Städten, wesentlich einfacher. Politische Erfahrung auf Gemeindeebene gilt bei Kandidaturen für Ämter auf höherer politischer Ebene eindeutig als Pluspunkt.

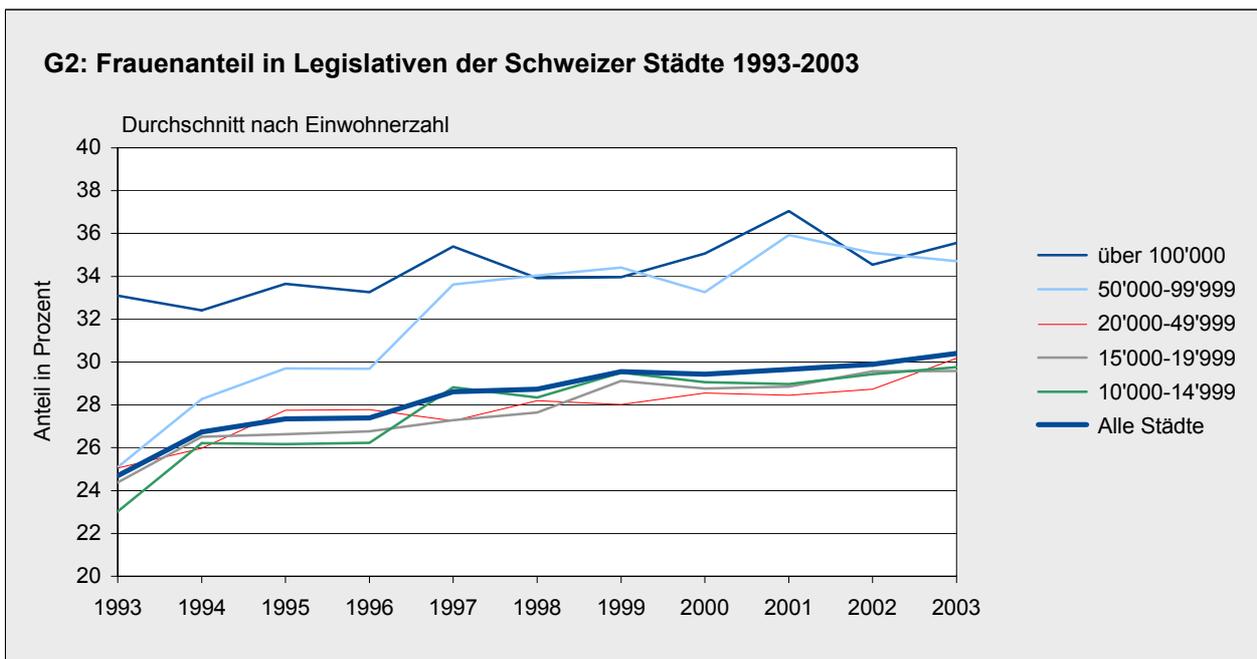
² Als Datengrundlage dient die Schweizer Städtestatistik, die jährlich vom Schweizerischen Städteverband herausgegeben wird. Damit die Vergleichbarkeit über den Zeitraum 1993–2003 gewährleistet ist, erfolgt die Zusammenstellung aufgrund der Volkszählung 1990 (110 Städte mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern).

Eine breite Vertretung der Frauen in lokalen Gremien scheint die beste Voraussetzung dafür, dass der Frauenanteil in der Kantons- und Bundespolitik mittelfristig erhöht werden kann. Aus diesem Grund soll im Folgenden die Entwicklung der Frauenquoten in den städtischen Parlamenten und Exekutiven der Schweiz beleuchtet werden.

Die Frauen sind – gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung – in den Regierungen der 110 berücksichtigten Schweizer Städte untervertreten. Allerdings lässt sich für den Zeitraum von 1993 bis 2003 für die Legislative ein deutlicher Zuwachs feststellen. Mit einem Durchschnitt von 30,4% Ende 2003 ist die Frauenvertretung in den Städten höher als im Nationalrat (27,2%) und den kantonalen Parlamenten (durchschnittlich 24,2%). Im eidgenössischen Parlament hat sich die Frauenquote seit 1991 kontinuierlich und massiv erhöht (1991–2003: +35,3%). Auf kantonaler Ebene ist der Zuwachs im selben Zeitraum mit rund zehn Prozent hingegen eher gering.

2.2. Frauen in den städtischen Legislativen

Inwiefern die Frauenquote mit der Grösse der Gemeinde zusammenhängt, lässt sich anhand des vorliegenden Datensatzes nicht abschliessend beantworten, da er nur die Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern enthält. Die folgende Grafik zeigt aber, dass die Frauen in Städten mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 50'000 deutlich stärker vertreten sind. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass es in der Schweiz nur neun (gemäss Volkszählung 2000 sogar nur noch acht) Städte dieser Grösse gibt. Die Korrelation der Gemeindegrösse (Einwohnerzahl) und des Frauenanteils in der Legislative ist nur sehr gering ($r = 0,25$). Der Zusammenhang besteht nur aufgrund der grossen Städte mit mehr als 50'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Werden sie ausser Acht gelassen, besteht keine Korrelation zwischen Einwohnerzahl und Frauenanteil in der Legislative. In der Periode zwischen 1993 und 2003 sind bezüglich der Frauenvertretung keine grossen Unterschiede zwischen der deutschen und französischen Sprachregion auszumachen. Allerdings scheint sich der viel beschworene „Röstigraben“ in den letzten Jahren auch bezüglich der Frauenvertretung etwas aufgetan zu haben. So beträgt der durchschnittliche Frauenanteil in den Legislativen der welschen Städte³ im Jahr 2003 32,4%, während er in den Städten der Deutschschweiz nur 29,9% beträgt. Im Tessin liegt der Wert mit 21,7% sogar noch massiv tiefer, allerdings bezieht sich diese Angabe auf nur drei Gemeinden⁴.



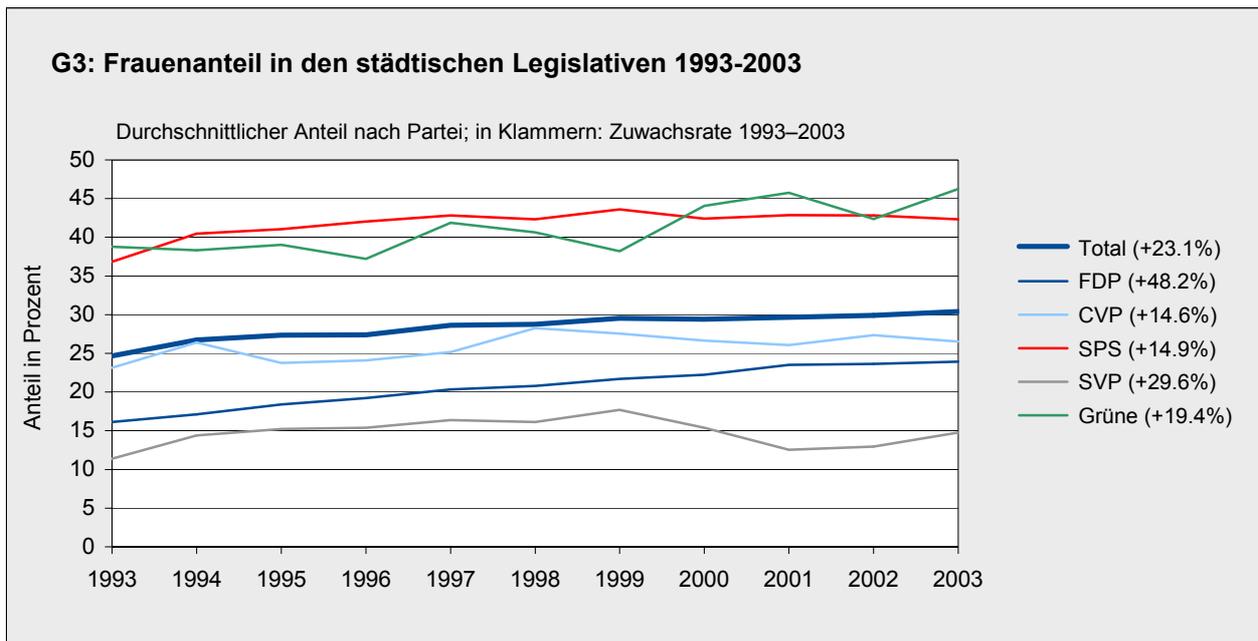
³ Biel, Carouge, Delémont, Fribourg, Genf, La Chaux-de-Fonds, La Tour-de-Peilz, Lancy, Lausanne, Le Locle, Martigny, Meyrin, Monthey, Montreux, Morges, Neuchâtel, Nyon, Onex, Prilly, Pully, Renens, Sierre, Sion, Thônex, Vernier, Vevey, Yverdon-les-Bains.

⁴ Bellinzona, Locarno, Lugano.

2.3. Deutliche Unterschiede zwischen den Parteien

Bezüglich der Parteien kann zusammengefasst gesagt werden, dass je linker eine Partei im politischen Spektrum steht, desto höher ist ihr Frauenanteil in den städtischen Legislativen. Allerdings muss dabei auch darauf hingewiesen werden, dass die FDP zwischen 1993 und 2003 mit 48,2% die grösste Zuwachsrate verzeichnet, gefolgt von der SVP mit 29,6% (wobei aber die relativ tiefen Ausgangsniveaus dieser Parteien berücksichtigt werden müssen).

Werden die Frauenquoten der Parteien auf den höheren Ebenen betrachtet, zeigt sich, dass die Verschiebungen im Nationalrat wesentlich stärker ausgefallen sind als in den Kantonen. Es zeigt sich dabei, dass lediglich die Grünen im Nationalrat die 50-Prozent-Marke überschreiten.

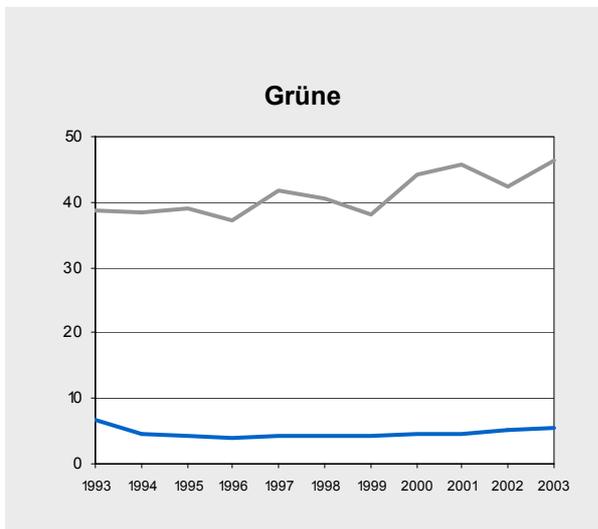
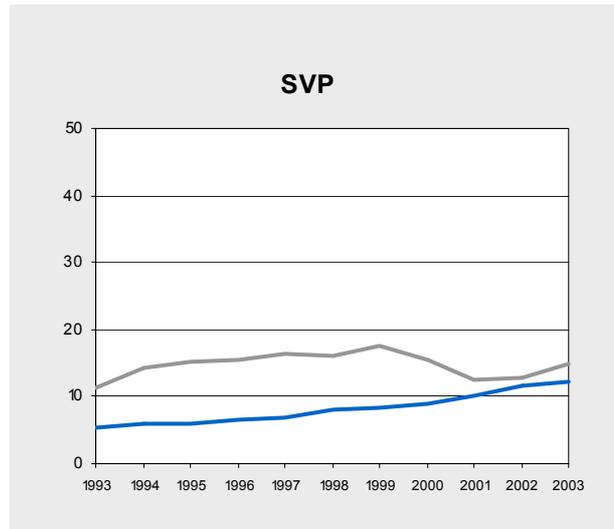
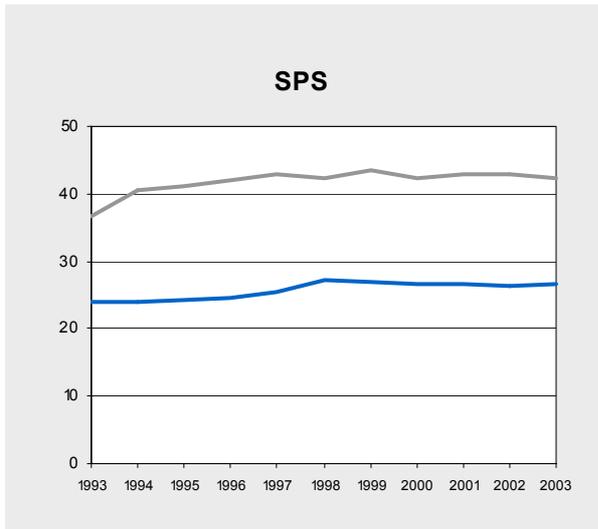
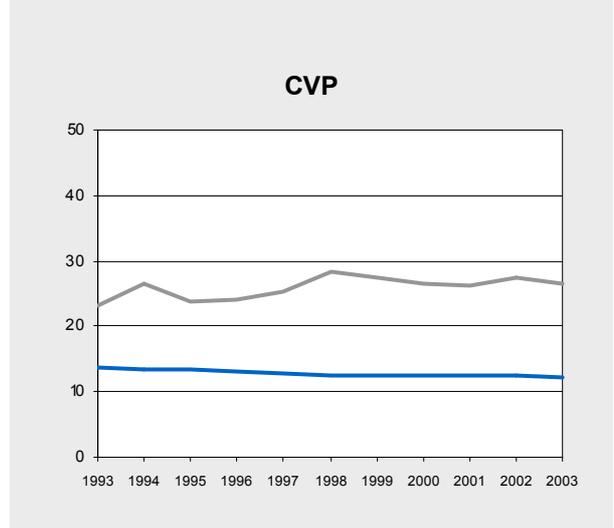
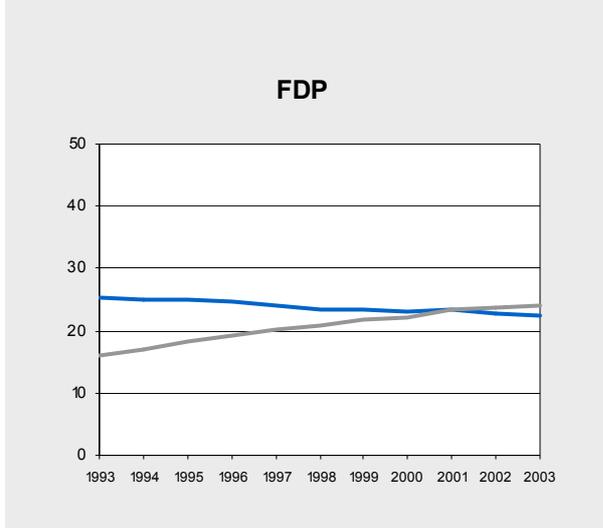


An dieser Stelle scheint es angezeigt, auf den Zusammenhang zwischen der Veränderung der Anteile einer Partei in der Legislative und deren Frauenvertretung einzugehen. Bei der CVP, der SP und den Grünen⁵ sind sowohl der Sitzanteil als auch der Frauenanteil in etwa konstant geblieben. Bei den eindeutig bürgerlichen Parteien sieht der Sachverhalt etwas anders aus. Die SVP hat seit 1993 kontinuierlich an Sitzen zugelegt. Zwischen 1993 und 1999 hat sich der Frauenanteil der SVP in den Legislativen der Städte aber nur sehr zögerlich erhöht und ist zwischen 1999 und 2001 sogar recht stark gesunken. Erst nach 2001 ist er wieder leicht angestiegen, liegt aber immer noch deutlich unter dem der anderen Parteien.

Ein ganz anderes Bild zeigt die FDP. Während ihr Anteil in den Parlamenten der Schweizer Städte zwischen den zehn Jahren des Untersuchungszeitraumes um rund drei Prozentpunkte auf 22,3% gesunken ist, hat sich der Frauenanteil massiv erhöht (+48,2%).

⁵ Auf kommunaler Ebene sind in der Kategorie „Grüne“ verschiedene Bewegungen und Parteien, die den Naturschutz als zentrales Anliegen haben, zusammengefasst.

G4: Vergleich von Stärke und Frauenanteil der Parteien in den städtischen Legislativen 1993-2003



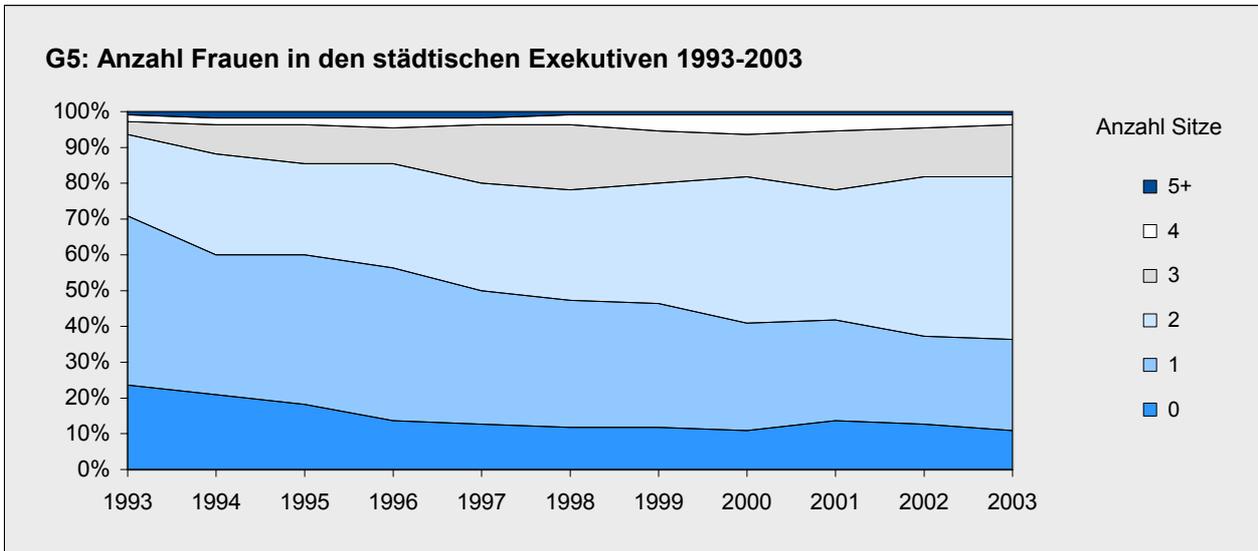
(Anteile in Prozent)

— Parteistärke

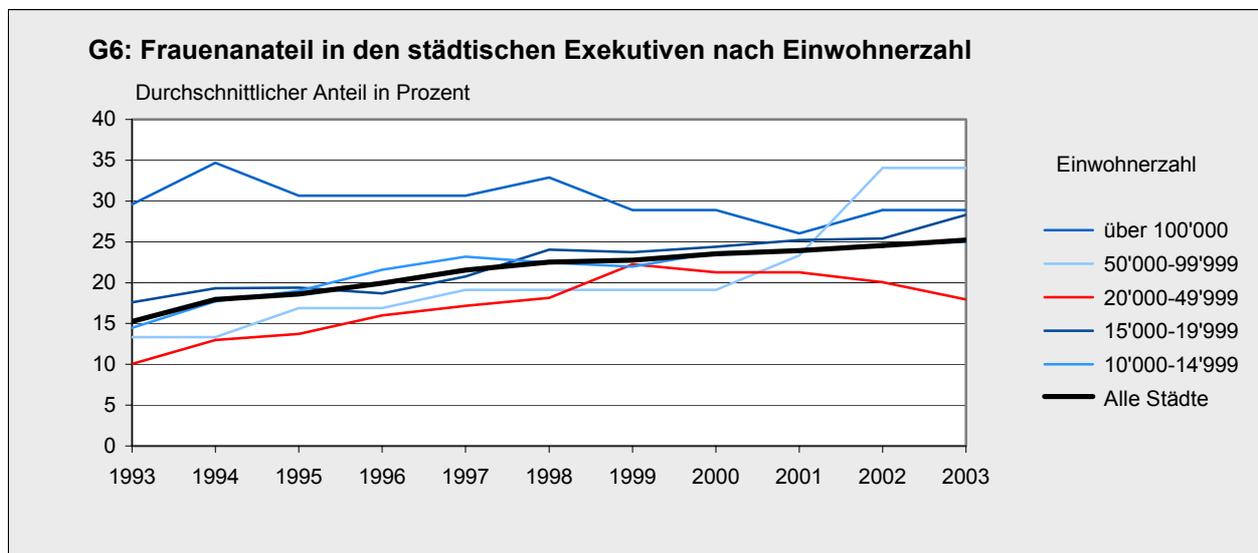
— Frauenanteil

2.4. Frauen in den städtischen Exekutiven

Zwischen 1993 und 2003 hat sich die Anzahl der Frauen in den Exekutivgremien der Schweizer Städte von 134 auf 198 erhöht. Dies entspricht einer Veränderung des Frauenanteils von 15,2% auf 25,2%. Fast noch wichtiger scheint in diesem Zusammenhang aber der Umstand, dass die Zahl der Städte, in denen keine Frau in der Regierung sitzt, von 26 auf 12 zurückgegangen ist.

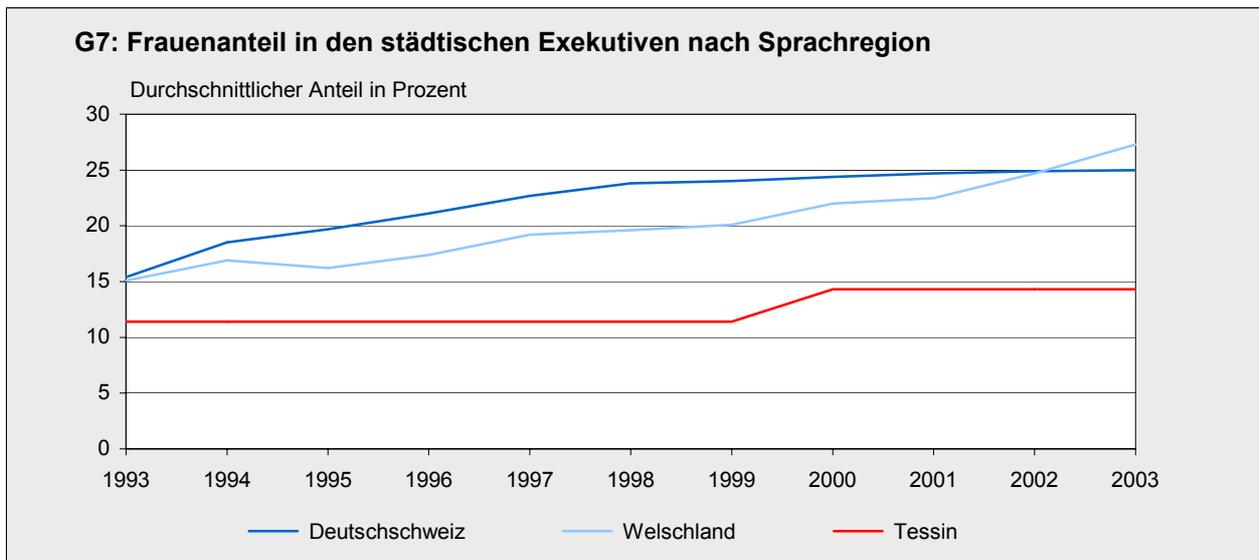


Die Zuwachsrate des Frauenanteils zwischen 1993 und 2003 ist für die Exekutiven wesentlich grösser als für die Legislativen. Sie beträgt insgesamt 65,5%, wobei sie aber je nach der Grösse der Kommunen sehr unterschiedlich ausfällt. Auffallend ist, dass der Frauenanteil in den Städten mit mehr als 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2003 gegenüber 1993 nahezu unverändert geblieben ist, während er in den kleineren Städten überall massiv zugenommen hat. Der hohe Zuwachs in den Städten mit einer Wohnbevölkerung von 50'000 bis 99'999 kommt vor allem aufgrund der Stadt Winterthur zustande, wo 2002 auf einen Schlag drei Frauen in die Exekutive gewählt wurden, nachdem im Jahr zuvor die Frauen nicht vertreten gewesen waren. Dabei fällt der Umstand stark ins Gewicht, dass nur gerade fünf Städte in die höchste und vier in die zweithöchste Kategorie fallen.



Im Vergleich dazu nehmen auch in den kantonalen Exekutiven vermehrt Frauen Einsitz. Waren es Ende 1995 noch 19 (Frauenanteil 11,4%), so waren es Ende 2003 fast doppelt so viele (34 bzw. 21,5%). Dieser Zuwachs geht vor allem auf die Konten der SP (+8 Frauensitze) und der FDP (+4).

Anders als bei den Legislativen gibt es bei den städtischen Exekutiven schon seit längerem grosse Unterschiede zwischen den Sprachregionen. Im Jahr 2002 war der Frauenanteil in den Exekutiven der französischen Schweiz erstmals höher als in der Deutschschweiz. Allerdings zeichnet sich seit 1998 der Trend ab, dass der Frauenanteil nur noch im Welschland im Wachsen begriffen und inzwischen sogar höher geworden ist als in der Deutschschweiz.



Die Daten über die Sitzverteilung in den städtischen Volksvertretungen und Exekutiven werden vom Schweizerischen Städteverband für die jährlich erscheinende „Statistik der Schweizer Städte“ erhoben, welche von Statistik Stadt Zürich produziert wird. Statistik Stadt Zürich stellt auch den Präsidenten der Statistikkommission des Städteverbandes. Die Angaben für die Stadt Zürich sind im Jahrbuch im Kap. 17 (Politik) bzw. unter <http://www.stzh.ch/ssz/themen/politik.asp> verfügbar.

16.2.2004 V
Auskunft: Simon Villiger, Telefon 01 250 48 24

Redaktion und Administration:

Statistik Stadt Zürich
Napfgasse 6, 8001 Zürich
E-mail: statistik@stat.stzh.ch
Preis Fr. 5.-

Telefon 01 250 48 00
Telefax 01 250 48 29

ISSN 1660-6973